



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

02. August 2019

Wochenbericht KW 31

forsa | Emnid | infratest dimap

Wähleranteile:	Union bei 27 % bzw. 26 %, SPD bei 13 % bzw. 12 % Grüne zwischen 26 % und 23 %, AfD bei 14 % bzw. 13 %
Wirtschaft:	Pessimistische Erwartungen überwiegen weiterhin deutlich
Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden weiter hoch USA und Iran werden als größte Bedrohungen wahrgenommen
Wichtigste Themen:	Tod des Jungen im Frankfurter Bahnhof Klimawandel Flüchtlingspolitik
Anlage:	Zeitreihen

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Emnid¹ für BamS	infratest dimap² für ARD
CDU/CSU	27 (-)	26 (-)	26 (+1)
SPD	13 (-)	13 (-1)	12 (-1)
FDP	9 (+1)	9 (-)	8 (-)
DIE LINKE	7 (-1)	8 (-)	7 (-1)
B'90/Grüne	24 (-)	23 (-)	26 (-)
AfD	13 (+1)	14 (+1)	14 (+1)
Sonstige	7 (-1)	7 (-)	7 (-)
Erhebungszeitraum	22.-26.07.	25.-31.07.	29.-31.07.

Die Union liegt bei forsa 14 (-), bei infratest dimap 14 (+2) und bei Emnid 13 (+1) Prozentpunkte vor der SPD.

(Zeitreihen: forsa, Emnid, infratest dimap)

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Kramp-Karrenbauer	18 (-)
Scholz	29 (-)
Kramp-Karrenbauer	18 (-)
Habeck	30 (-1)
Erhebungszeitraum	22.-26.07.

Annegret Kramp-Karrenbauer liegt bei der Kanzlerpräferenz 11 (-) Prozentpunkte hinter Olaf Scholz und 12 (-1) Prozentpunkte hinter Robert Habeck.

38 % (-7) der CDU/CSU-Anhänger präferieren Kramp-Karrenbauer und 20 % (+1) Scholz. Von den SPD-Anhängern würden sich 60 % (+1) für Scholz und 12 % (+3) für Kramp-Karrenbauer entscheiden.

Bei der Kanzlerpräferenz zwischen Kramp-Karrenbauer und Habeck sprechen sich 41 % (-2) der CDU/CSU-Anhänger für Kramp-Karrenbauer und 16 % (-) für Habeck aus; von den Anhängern der Grünen präferieren 65 % (+4) Habeck und 9 % (-1) Kramp-Karrenbauer.

(Zeitreihe)

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (04.08.2019)

² im Vergleich zum letzten ARD-DeutschlandTREND / KW 27

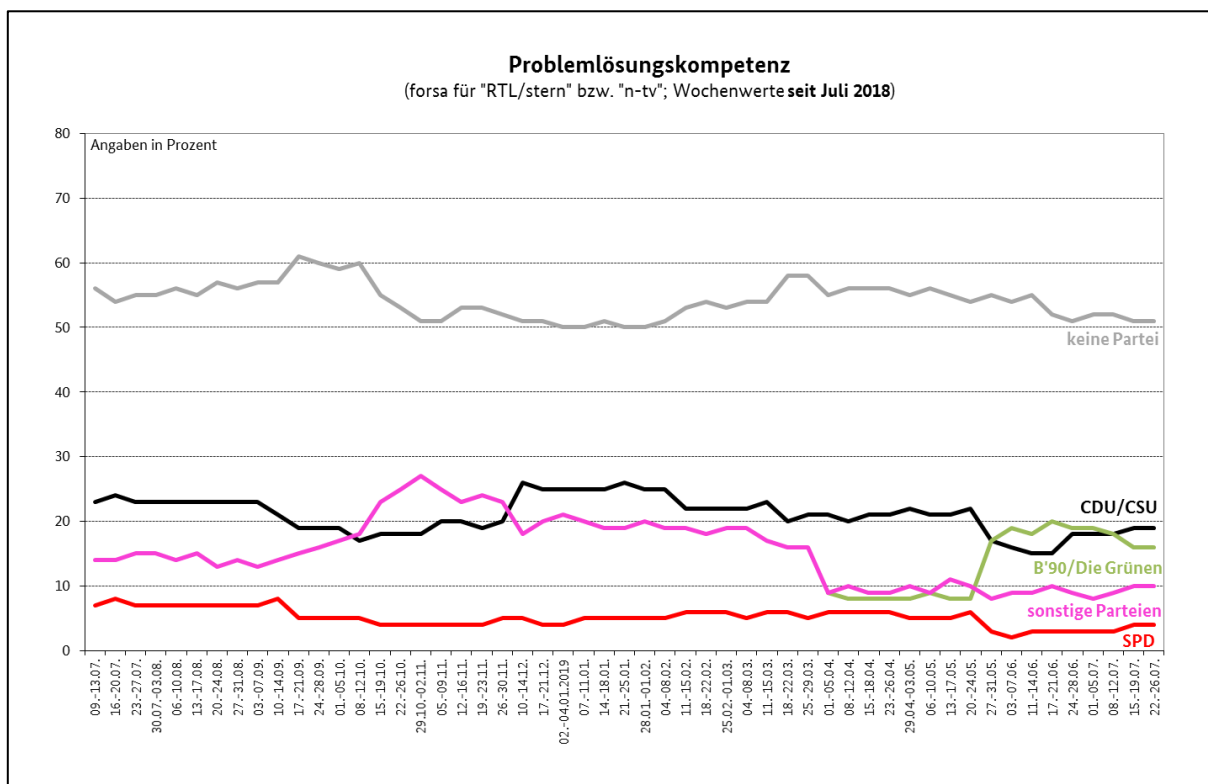
Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	19	(-)
SPD	4	(-)
Grüne	16	(-)
sonstige Parteien	10	(-)
keine Partei	51	(-)
Erhebungszeitraum	22.-26.07.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 15 (-) Prozentpunkte vor der SPD und 3 (-) Prozentpunkte vor den Grünen.

Allerdings trauen 51 % (-) die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

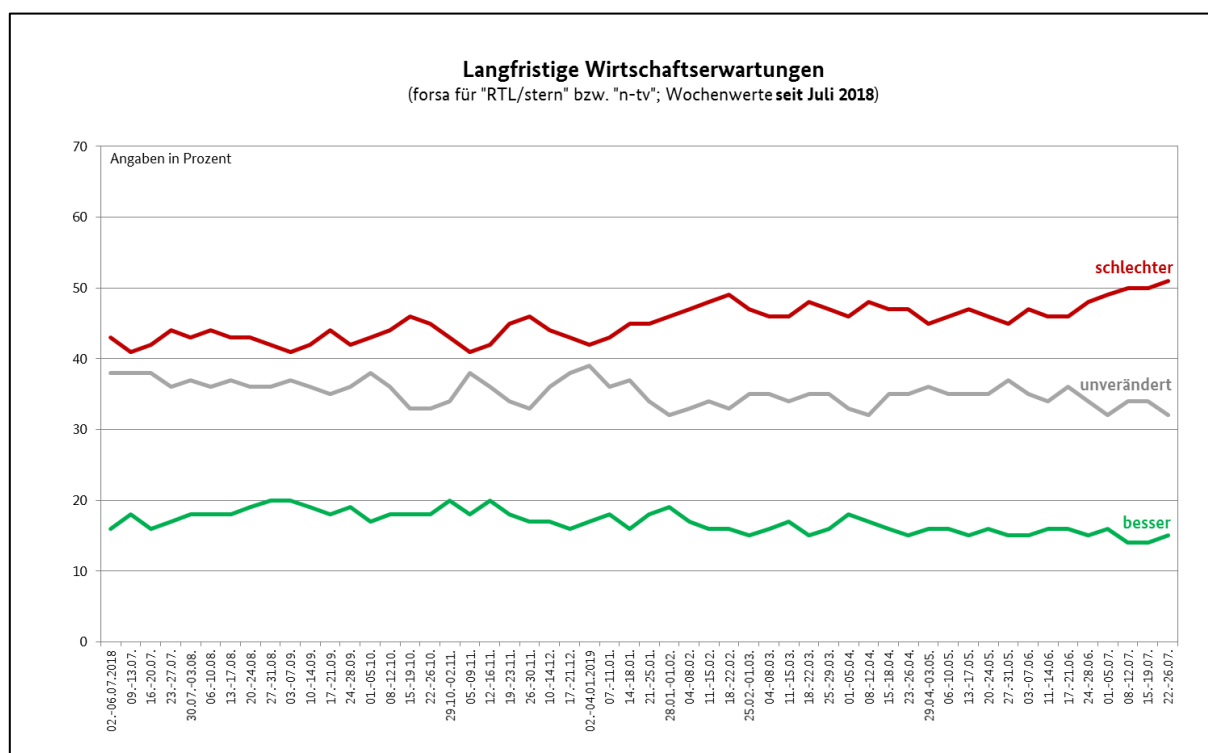


Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	15	(+1)
schlechter	51	(+1)
unverändert	32	(-2)
Erhebungszeitraum	22.-26.07.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich zwar im Vergleich zur Vorwoche kaum verändert, allerdings steigt der Anteil der Bundesbürger, der eine Verschlechterung der Wirtschaftsverhältnisse erwartet, stetig an. Mittlerweile ist rund die Hälfte der Bundesbürger dieser Meinung.

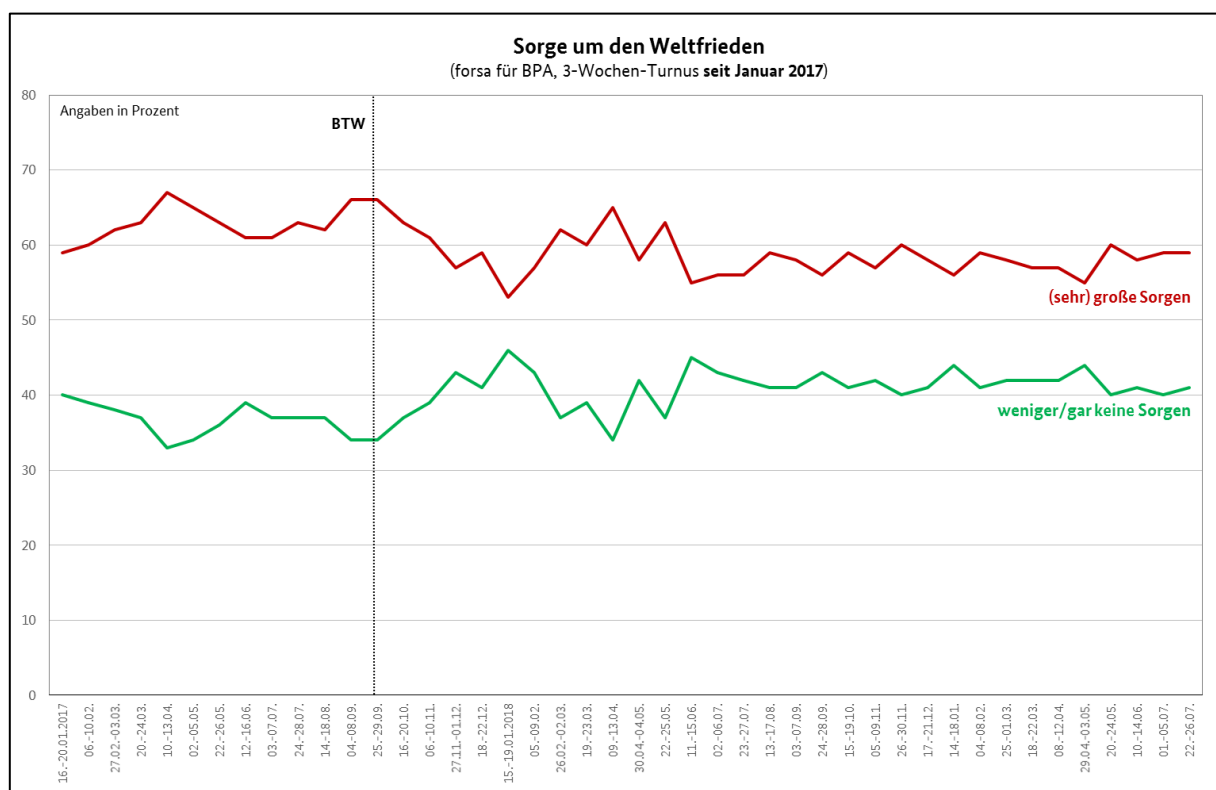


Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 28

	forsa für BPA	
sehr große	12	(-2)
große	47	(+2)
wenig	33	(+1)
keine	8	(-)
Erhebungszeitraum	22.-26.07.	

Anhänger der Grünen (66 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (65 % zu 52 %) und über 60-Jährige häufiger als unter 45-Jährige (67 % zu 52 %).



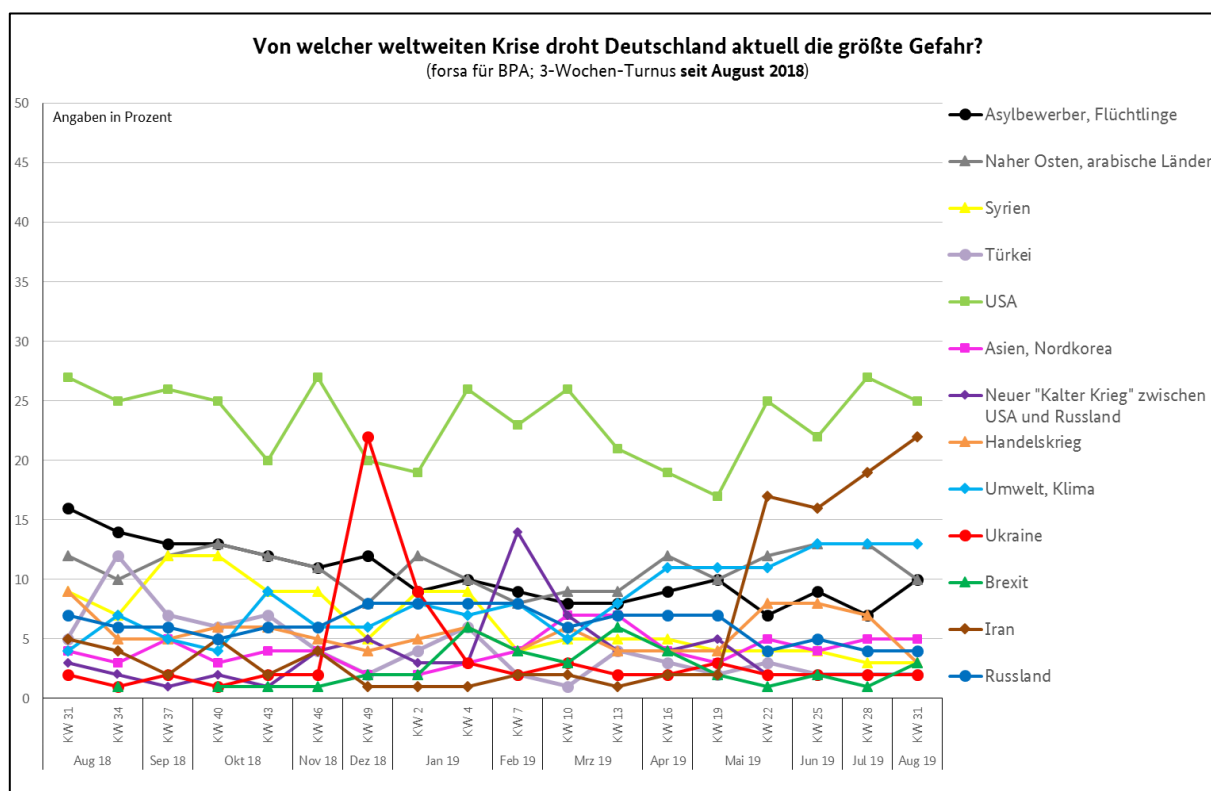
Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 28

	forsa für BPA
USA	25 (-2)
Iran	22 (+3)
Umwelt, Klima	13 (-)
Asylbewerber, Flüchtlinge	10 (+3)
Naher Osten, arabische Länder	10 (-3)
Erhebungszeitraum	22.-26.07.

Ein Viertel der Bundesbürger nimmt die USA weiterhin als größte Gefahr für Deutschland wahr; allerdings entfallen auf den Iran nur geringfügig weniger Nennungen.

Über 60-Jährige (31 %) nennen die USA überdurchschnittlich oft als größte Bedrohung. Auch der Iran wird von über 60-Jährigen (28 %) besonders häufig genannt sowie von Anhängern der Grünen (29 %).



Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

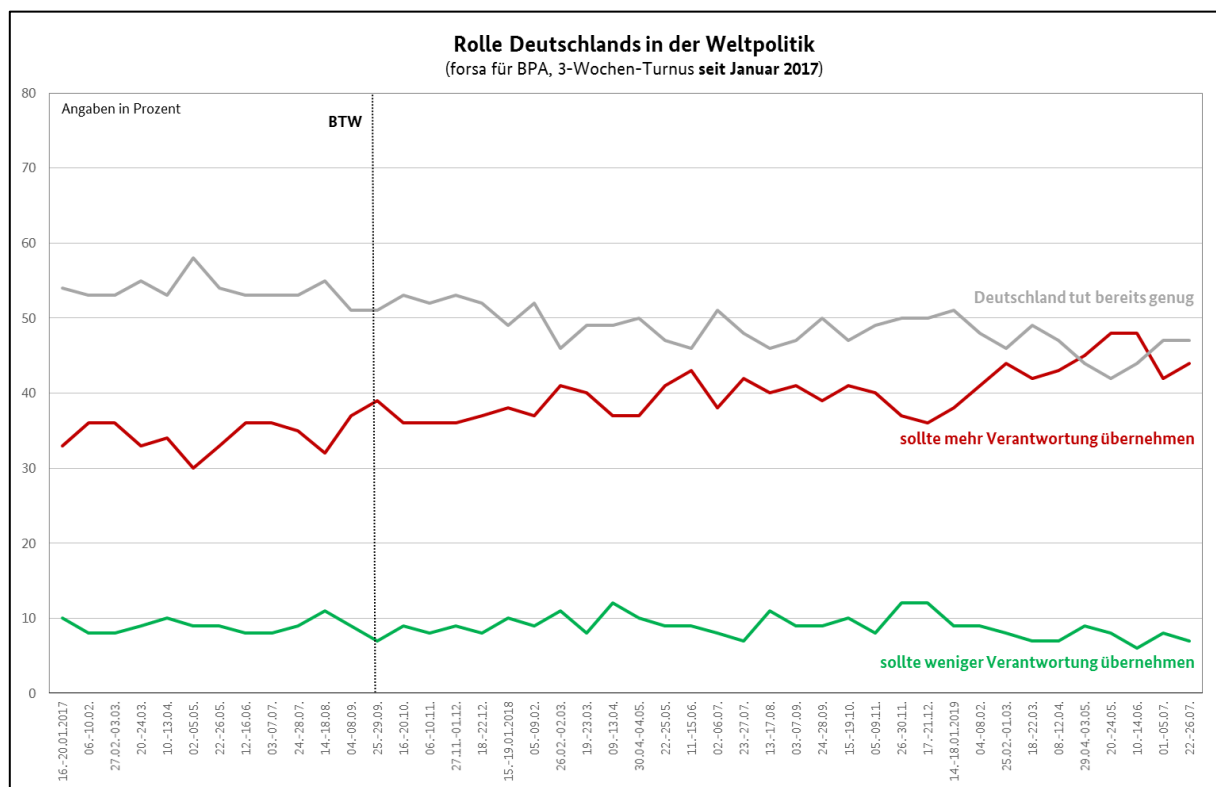
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 28

	forsa für BPA
sollte mehr Verantwortung übernehmen	44 (+2)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	7 (-1)
Deutschland tut bereits genug	47 (-)
Erhebungszeitraum	22.-26.07.

Unter 30-Jährige (59 %) und Personen mit hoher formaler Bildung (51 %) sowie Anhänger der Grünen (60 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (19 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung und Anhänger der Union (jeweils 58 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.



Rolle Deutschlands in der EU

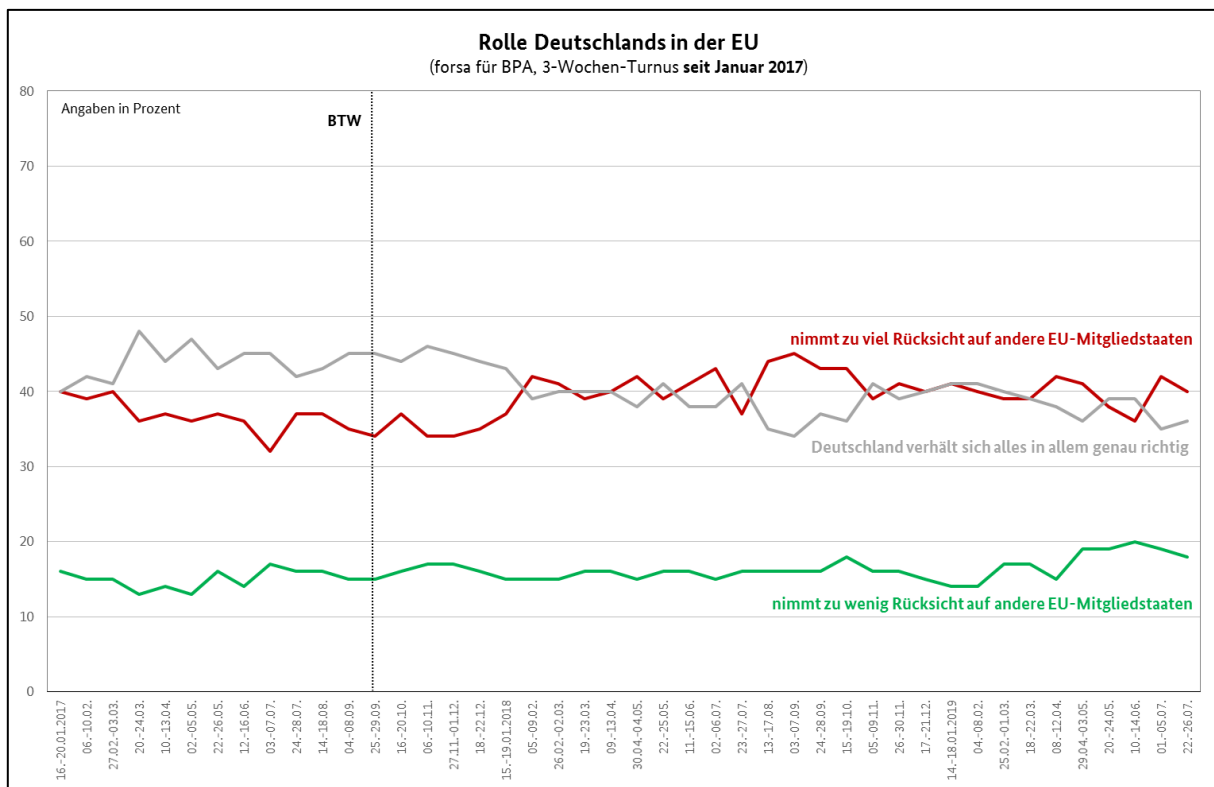
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 28

	forsa für BPA
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	40 (-2)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	18 (-1)
verhält sich alles in allem genau richtig	36 (+1)
Erhebungszeitraum	22.-26.07.

Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (52 %) und Anhänger der AfD (61 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Personen mit hoher formaler Bildung (23 %) und Anhänger der Linkspartei (30 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Personen mit hoher formaler Bildung (42 %) sowie Anhänger der SPD (49 %) und der Grünen (46 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Tod des Jungen im Frankfurter Bahnhof	17 (neu)
Klimawandel, globale Erwärmung, CO ₂ -Ausstoß	16 (+5)
Flüchtlinge/Ausländer in Deutschland, Asylpolitik, Integration, Abschiebungen	15 (+6)
Umweltpolitik/-schutz	10 (+1)
Debatte um EU-Austritt Großbritanniens/Brexit/Johnson als Premier	6 (-5)
Iran/Atom-Programm, Konflikt mit USA und Großbritannien	6 (-)
EU-Postenvergabe, Wahl von der Leyens zur Kommissionspräsidentin	5 (-12)
Innere Sicherheit, Kriminalität, Bekämpfung Terrorismus	5 (+4)
Erhebungszeitraum	30.-31.07.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche mit mehreren Themen gleichermaßen, unter anderem mit dem Tod des Jungen im Frankfurter Bahnhof, dem Klimawandel und der Flüchtlingspolitik.

Anhänger der Grünen (25 %) nennen den Klimawandel überdurchschnittlich häufig. Personen mit hoher formaler Bildung beschäftigen sich öfter damit als Personen mit einfacher formaler Bildung (25 % zu 6 %).

Anhänger der AfD (33 %) erwähnen die Flüchtlingspolitik besonders häufig.

